Ausgabe für Berlin und Umgegend.
Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags nur einmal. Gratis-Beiblätter: Jeden Montag „Zeitgeist", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustr. Blatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Fremdenmarkt für den Grundstücksverkehr u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Russlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzb. d. b. Exped. möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 6.72 M. exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; Groß-Berlin monatlich 2.10 M., vierteljährlich 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatlich: Ausland 5.25 M., für Inland 5.20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, Fernspr. Amt Zentrum Nr. 10131-10142, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger" 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 105; Potsdamer Str. 33; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Leipziger Str. 4; Gr. Frankfurter Str. 31; Frankfurter Allee 61/62; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Prenzlauer Allee 54; Schulzendorfer Str. 27; Badstr. 55; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Scharrenstr. 39; Friedenau: Rheinstr. 19 Halensee: Kaiserdamm: Heinrichsplatz; Lichtenberg: Frankfurterchaussee 130; Lichterfelde-West: Curtstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Borsdorfer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstraße 98/99; in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstraße 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstraße 5; Potsdam: Brandenburger Straße 23; Spandau: Breite Straße 47.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 613
42. Jahrgang

Mittwoch
3. Dezember 1913

Sturz des Kabinetts Barthou.

Die Steuerfreiheit der Anleihe mit 290 gegen 265 Stimmen abgelehnt.

Die Mehrheit, über die Herr Barthou noch am ersten Tag der Anleihedebatten verfügen konnte, hat sich, je mehr die Gemüter aufeinander platzten und die Lage nach Klärung verlangte, über Nacht in eine Minderheit verwandelt. Mit fünfunddreißig Stimmen zu seinen Ungunsten ist das Kabinett Barthou, das seit dem März die Geschäfte führte, zu Fall gekommen. Den Anlaß bot der Streit um die Steuerfreiheit der neuen Rente. Aber es ist klar, daß diese Frage nur der Anlaß und nicht der Grund zum Sturze des Kabinetts gewesen ist, das mit seiner Politik des beständigen Wechselns zwischen rechts und links auf eine längere Lebensdauer unmöglich rechnen konnte. Seit dem Kongreß der Radikalen in Pau, seit dem Zusammenschluß der radikalsozialistischen und der radikalen Partei, seit den energischen Vorstößen des ehrgeizigen Caillaux und des unerbittlichen Clemenceau wußte Barthou, daß er das Vertrauen der Linken definitiv verloren habe, und doch war er des Vertrauens der Rechten, mit der zusammen er das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit gemacht, eine Stunde gewiß. Es fanden sich ein Teil der Konservativen mit seinen radikalen und sozialistischen Gegnern zum Sturm gegen den Mann der Kompromisse zusammen und seine Widerstandskraft war nur schwach. Er selber und der Finanzminister Dumont zeigten sich in der Debatte durchaus nicht als siegesgewisse Kämpfer und ihre Reden erschienen schon fast von der ersten Stunde an als ein Rückzugsgefecht.

Herr Barthou ist sehr stolz gewesen, als er vor Monaten gegen den Widerstand seiner alten Parteifreunde und eines großen Teils der öffentlichen Meinung in kurzer Frist die dreijährige Dienstzeit durchgesetzt, und er sah auf dieses Resultat als den großen Erfolg seiner Ministerschaft zurück. In der Stimmung des Sommers, kurz nachdem das deutsche Wehrgesetz rasche und glatte Annahme gefunden, und als man noch überall den politischen Himmel voll grauer Wolken sah, war dieser Sieg nicht allzu schwer zu erlangen. Aber er wurde doch nur um den Preis errungen, daß man — entgegen dem deutschen Vorgang — die Deckungsfrage ausschaltete und auf die Wintersaison verschob, und jetzt zeigt es sich, daß dies ein schwerer politischer Fehler gewesen ist. Heute stehen die Parteien unter dem Eindruck, daß das Schicksal des Landes keineswegs darunter leide, wenn man sich die Art der Deckung etwas langsamer und gründlicher betrachte, und dabei zugleich mit dem Ministerium Abrechnung halte, das nicht viel weniger als ein politisches Chaos über das Land gebracht hat. Ein Kabinett, das beständig mit den Klerikalen liebäugelte, mußte, sobald die Radikalen sich zu einer geschickten Taktik entschlossen, einem solchen Vorstoß zum Opfer fallen. Man hat die Affäre des Generals Faurie noch nicht vergessen, der, wie heute nicht mehr zweifelhaft ist, durch klerikal-reaktionäre Machenschaften vom Platze geräumt wurde, man hat sich die Geschichte mit dem Karfreitagserlaß bei der Marine und andere Verbeugungen vor der Rechten wohl gemerkt.

Mit nur geringen Hoffnungen ist das Kabinett gleich zu Anfang des Monats in die parlamentarische Kampagne gezogen. Es mußte gleich am ersten Tage in der Frage der Voranstellung der Wahlreform seinen Willen vor demjenigen der Kammer beugen und konnte nur durch sanftes Nachgeben und Vermeidung der Vertrauensfrage der Exekution entgehen. Als das Kabinett dann vorgestern in dem Punkte des Anleihebetrages sich mit dem Antrag Brousse, der die Anleihe auf 1500 Millionen erhöhen wollte, einverstanden erklärt hatte, mußte es die Verwerfung dieses Antrages erleben und sich auf seine ursprüngliche Vorlage von 1300 Millionen zurückziehen. Als die Regierung zu diesem Punkte die Vertrauensfrage stellte, fand sich noch, da einige unzufriedene Konservative und Radikale hinüber- und herüberwechselten, eine Zufallsmehrheit von 21 Stimmen zusammen. Aber auch die besten Freunde der Regierung zweifelten nicht mehr, daß das morsche Gebäude ihrer Majorität zum Sturze übereif wäre. Das demokratische Prinzip, das nach einer gerechten Besteuerung und einer gerechten Verteilung der Lasten ruft, hat sich im Zusammenhang mit der Deckung für die das ganze Volk schwer drückende Heeresvorlage durchgesetzt, und das gestrige Abstimmungsergebnis wird sehr wahrscheinlich für die weitere Entwickelung des Einkommensteuerproblems in Frankreich von Bedeutung sein.

Barthous Nachfolger wird vielleicht Caillaux sein, der in der Erledigung der marokkanischen Angelegenheit so großes Geschick bewies, von den Nationalisten und allen chauvinistischen Elementen seiner angeblich zu versöhnlichen Gesinnung wegen heftig angefeindet wurde, jetzt aber der erklärte und fast konkurrentenlose Führer der Linken ist. Er wird dann wohl mit einem völlig neuen Deckungsprogramm für die große Anleihe vor die Kammer treten. In diesem Sinn wird im Einklang mit dem Programm der radikalen Partei die direkte persönliche Besteuerung eine ganz andere Rolle als bisher spielen.

*

Die Abstimmung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 2. Dezember.

Das Ministerium Barthou ist heute nach einer außerordentlich stürmischen Debatte, die den ganzen Tag gedauert hat, über die Anleihe gestürzt. Bei der Beratung über die Steuerfreiheit der Rente wurde Barthou bei einem Zusatzantrag Delpierres, der Barthou im letzten Augenblick zu Hilfe kommen sollte, und für den der Ministerpräsident die Vertrauensfrage stellte, mit 265 gegen 290 Stimmen in die Minderheit gesetzt. Bei dieser letzten Szene des großen parlamentarischen Kampfes um die Anleihe, handelte es sich um die Frage, ob die Titres der neuen Rente von jeder Staatssteuer und anderen Steuerbelastung freibleiben sollten oder nicht. Die Regierung forderte die Erklärung der Steuerfreiheit, die Sozialisten und die Radikalen waren dagegen. Aber über diese spezielle Debatte hinaus kam es zu einem großen Kampf um das Einkommensteuergesetz, daß nach Ansicht der Linken durch die Erklärung der Steuerfreiheit hin die Rente gefährdet werden würde. Die sozialistischen und radikalen Redner Caillaux und Jaurès stellten fest, daß, wenn jetzt die neue Rente steuerfrei erklärt werden würde, später nach Einführung der Einkommensteuer die Rentenbesitzer nicht zur Besteuerung ihres Einkommens herangezogen werden könnten. Vergebens bemühte sich Barthou zu beweisen, daß die Einkommensteuer nichts mit der Steuerpflicht der Rente zu tun habe, daß nach Einführung der Steuer auf die gesamten Einkommen jeder die Steuer seines Einkommens tragen müsse, einerlei, ob dieses Einkommen nun aus den Coupons einer Rente herrühre oder nicht. Die Sozialisten gaben sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden, und die Radikalen, ja selbst ein Teil der Gemäßigten folgte ihnen.

Die Opposition ist von Caillaux geführt worden, der schon vom radikalen Kongreß in Pau mit der Absicht gekommen war, dem allzu opportunistischen Ministerium ein Ende zu bereiten. Ob der Präsident der Republik jetzt Caillaux, der ihm persönlich unsympathisch ist, die Führung der Regierungsgeschäfte übertragen wird, oder ob er die vermittelnde Persönlichkeit eines radikalen Senators vorzieht, darüber ist natürlich nichts Bestimmtes zu sagen.

Im einzelnen verlief die Debatte folgendermaßen: Die Kammer hatte am Vormittag den Paragraph 2 des Anleihegesetzes angenommen. Dieser Paragraph, der die Art der Anleihetätigung festsetzt, besagt, daß vom 1. Januar 1915 ab in das Budget des Finanzministeriums ein Jahresbetrag von 75 Millionen eingeschrieben werden soll, die zum Rückkauf der Titres an der Börse verwendet werden sollen. Dann begann die außerordentlich stürmische Debatte über die Steuerfreiheit der Rente. Im Grunde handelte es sich dabei weniger um die Anleihe, als um das Prinzip der Einkommensteuer, die jetzt alle politischen Debatten in Frankreich beeinflußt und belastet.

In der heutigen Debatte, die schon vormittags begann und bis in den späten Abend hinein dauerte, betonten alle Redner der Opposition, daß eine Erklärung der Steuerfreiheit der Rente die Durchführung der versprochenen Einkommensteuer unmöglich machen würde. Jaurès sagte: „Wenn wir jetzt die Steuerfreiheit der Anleihe festsetzten, binden wir uns die Hände für die Abstimmung über die Einkommensteuer. Man wird uns später an den heutigen Beschluß erinnern, der bestimmt, daß die Rentiers außerhalb der allgemeinen Einkommensteuer stehen. Die Regierung will, daß die Lasten der nationalen Verteidigung durch das ganze Land getragen werden, aber sie schafft eine Kategorie von Leuten, die einen Staat im Staate bilden und sich an den Opfern aller anderen nicht zu beteiligen brauchen." Auch Caillaux erklärte in verschiedenen Reden und Angriffen, die Steuerfreiheit der Rente sei mit einer allgemeinen Steuerfreiheit der Rentiers identisch. „Man erklärt," so sagt der frühere Ministerpräsident, „daß alle großen Länder die Erklärung der Steuerfreiheit in ihre fiskalische Gesetzgebung aufgenommen haben. Das mag von vielen Ländern gelten, aber gerade von drei Ländern, von England, Deutschland und Frankreich gilt das nicht, und das sind doch die drei großen Staaten, die in der Welt die Unabhängigkeit errungen haben, ihren Willen durchzusetzen." Gegen Schluß der Debatte brachte der Abgeordnete Delpierre einen Zusatzantrag ein, der sich dem ursprünglichen Regierungsentwurf näherte. Danach sollte die Erklärung abgegeben werden, daß die Rente und der Coupon von jeder Steuer, welcher Art sie auch sein mögen, freizubleiben habe. Der Ministerpräsident Barthou nahm diesen Zusatzantrag an.

Barthou stellte schließlich die Vertrauensfrage zu dem Zusatzantrag. Die Kammer verwarf den Zusatzantrag mit den erwähnten 290 gegen 265 Stimmen. Das Resultat wurde von der Linken mit stürmischen Lärm und Händeklatschen begrüßt. Barthou, der durchaus nicht betrübt aussah, drückte seinen Freunden die Hände und verließ an der Spitze seines Ministeriums den Sitzungssaal.

Vor der Interpellation über Zabern.

Heute um 1 Uhr wird im Reichstag die Sitzung beginnen, in der die Interpellation über die Vorgänge in Zabern zur Verhandlung kommen soll. Da die Regierung es bisher unterlassen hat, die in Donaueschingen zwischen dem Kaiser und seinen militärischen Ratgebern — andere wurden bekanntlich nicht hinzugezogen — beschlossenen Maßregeln zu veröffentlichen, so ist anzunehmen, daß Herr v. Bethmann Hollweg es sich vorbehalten hat, die Entscheidungen in seiner heutigen Rede zu verkünden. Man darf wohl hoffen und erwarten, daß der Deutsche Reichstag sich der Bedeutung der Stunde gewachsen zeigen wird, und daß er, wenn die Erklärungen der Regierung und die verfügten Sanktionen den in einem gesitteten Staatswesen üblichen Rechtsanschauungen nicht voll entsprechen sollten, die notwendige Antwort finden wird. In den politischen Kreisen war auch gestern abend wieder das Gerücht verbreitet, in Donaueschingen hätten die Militärs ihre Auffassung und ihre Wünsche durchzusetzen verstanden, und der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf v. Wedel, werde aus dieser „Lösung" die Konsequenzen ziehen und von einem Posten zurücktreten, auf dem ihm jede verständige Wirksamkeit durch die Beschützer und Gönner der Zaberner Offiziere unmöglich gemacht wird. Daß diese Offiziere, dank dem Schutze und den Ermutigungen, die ihnen auch jetzt noch zuteil werden, sich sehr sicher fühlen und mit einer ernsthaften Bestrafung nicht rechnen, geht auch aus der Tatsache hervor, daß der Oberst v. Reutter seine Truppen gestern zu ihrer Haltung beglückwünscht hat.

Die Nachrichten über den Vorfall in Dettweiler bleiben widerspruchsvoll. Auch die „Frankfurter Zeitung" berichtet, daß die Beleidiger des Leutnants v. Forstner dort Schulkinder gewesen seien. Von anderer Seite erklärt man dagegen, junge Leute, die zur Arbeit gingen, hätten Schimpfworte gerufen. Wir wiederholen, daß diese Schimpfereien durch das Verhalten des Leutnants v. Forstner und seiner Kameraden zwar erklärlich, aber ganz und gar nicht entschuldbar sind, und man mißbilligt sie auch in Zabern. Völlig unsinnig aber muß jedem denkenden Leser die offiziöse Darstellung erscheinen, die wir im gestrigen Abendblatt mitgeteilt haben und die natürlich von den beteiligten Offizieren stammt. Was soll mit dem Hinweis gesagt werden, daß man in der Tasche des verwundeten und verhafteten lahmen Schuhmachers ein Messer fand? Hat der lahme Schuhmacher etwa dem Leutnant v. Forstner aufgelauert, oder hat er von dem Messer Gebrauch zu machen versucht? Und wenn der Vorgang so geschildert wird, als ob der lahme Schuhmacher erst einen Gefreiten geschlagen und sich dann „auf den Leutnant v. Forstner gestürzt" habe, so kann das doch wirklich nur Kopfschütteln erregen. Eine ganze Abteilung preußischer Infanterie sieht sich einem lahmen Schuhmacher gegenüber, und sie kann ihn erst verhaften — wenn er überhaupt etwas getan hat und verhaftet werden mußte —, indem der Leutnant v. Forstner ihn mit einem Säbelhieb schwer verwundet und niederstreckt? Man sollte doch etwas anderes ersinnen, wenn man auch die neueste Tat des Herrn v. Forstner entschuldigen und beschönigen will.

Die Glückwünsche des Obersten v. Reutter.

Die Affäre des lahmen Schuhmachers von Dettweiler.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Straßburg i. Els., 2. Dezember.

Die Stadtverwaltung von Zabern wurde von Oberst v. Reutter benachrichtigt, daß sehr strenge Maßregeln erfolgen würden, falls dem Militär die geringste Beleidigung zugefügt würde. Der Gemeinderat wird in corpore demissionieren, falls die Stadt nicht vollständige Genugtuung erhalten sollte. Oberst Reutter hat gestern die Kompagnie, die den Hauptanteil an den Ereignissen hatte, zu ihrem Auftreten beglückwünscht. Die Stimmung im Elsaß, besonders auch in Zabern selbst ist etwas ruhiger. Im übrigen findet sich in ganz Elsaß-Lothringen, bei den Einheimischen wie auch besonders bei den Eingewanderten, nicht eine Stimme der Verteidigung oder der Entschuldigung für das Militär. Im Gegenteil, gerade von den Altdeutschen, bis in die höchsten Verwaltungsstellen hinein, hörte ich Ausdrücke noch tieferer Entrüstung, als von den Einheimischen, die es schon gewöhnt sind, daß das Militär die Hauptrolle im Elsaß spielt.

Die von militärischer Seite durch das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitete offiziöse Darstellung der Affäre von Dettweiler wird auf Grund eingehender Untersuchungen und auf Grund des Protokolls, das über den Vorfall vom Bürgermeister